

# »Tut um Gottes willen etwas Tapferes!«

Vor dem Ende der Glaubens-, Meinungs-, Lehr- und Predigtfreiheit in der Schweiz?

Ein Zwischenruf – sofern noch gestattet.

Pfarrer Reinhard Möller

---

In diesem Jahr wird hin und her im Land an den Schweizer Reformator Huldrych Zwingli (1484-1531) erinnert, denn man feiert 500 Jahre Schweizer Reformation. Eines der am meisten zitierten Worte Zwinglis ist der Aufruf aus einem Brief des Jahres 1529: »Tut um Gottes Willen etwas Tapferes!«<sup>1</sup>. Gegründet im Vertrauen auf das Wort Gottes, die Heilige Schrift, und verwurzelt im Glauben an Jesus Christus reagierte der Reformator auf die Nöte seiner Zeit. Gottes Wahrheit und Seine einzigartige Gnade stellte er neu ins Zentrum – von beiden ist heute in der deutschsprachigen Schweiz kaum noch etwas zu spüren. Zwar läuft in den Kinos ein Film über das Leben Zwinglis und in Zürich steht sein Denkmal monumental an der Limmat, doch es gibt Teenager, die – wie eine Lehrerin letzten Dezember überrascht feststellte – mit den Worten »Jesus« und »Bibel« *gar nichts* anzufangen wissen. Die Kirchen der Reformationszeit und die prächtigen Landschaften der Schweiz können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Schweiz des 21. Jahrhunderts *weitgehend eine Nation ohne Gott* ist. Zugleich gibt es an manchem Ort evangelische Gemeinden, die auch heute das biblische Evangelium bezeugen und sich zu Gottes guter Ordnung bekennen.

Allerdings stehen diese – *wenn nicht ein Wunder geschieht* – kurz vor dem Ende eines weiteren zentralen Aspektes von Religionsfreiheit. Fortan soll verboten sein, sich offen zum Biblischen Ethos zu bekennen: Ein weiterer Teil der jüdisch-christlichen Ethik des Alten und Neuen Testaments (für die Christenheit eine Einheit *und ewige Wahrheit*) soll offenbar in der Rumpelkammer der Weltgeschichte verschwinden! Konkret:

Am 14. Dezember 2018 wurde im Schweizer Nationalrat der Ausweitung der Antirassismustrafnorm mehrheitlich zugestimmt<sup>2</sup>; in einer entscheidenden, vorgängigen Abstimmung am 3. Dezember stimmten auch die Vertreter der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) und der Evangelischen Volkspartei (EVP) zu<sup>3</sup>! Behauptet wurde, man wolle sich so gegen Diskriminierung und Aufruf zum Hass gegen »sexuelle Orientierung« aussprechen. Dafür wurde ein Strafraum mit bis zu drei Jahren Gefängnis ins Auge gefasst. All dies wäre in Kraft getreten, hätten verschiedenen Kreise nicht das Referendum ergriffen.

Ein Referendum bedeutet in der Schweiz: Parteien, Gruppierungen, Interessengruppen sammeln von Schweizer Staatsangehörigen Unterschriften mit dem Ziel, dass das vom Parlament beschlossene Gesetz *erst noch dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden muss*. Kommen bis Ende März 50'000 beglaubigte Unterschriften zusammen, kommt es *später* zu einer Volksabstimmung über den Gesetzestext – vorab zu einer öffentlichen Diskussion der Pro-und-Kontra-Argumente. Die landesweite demokratische Abstimmung ist ergebnisoffen, doch vorher kann die Änderung von Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz nicht in Kraft treten. Das Referendum gegen das »Zensurgesetz« wird von sieben

---

<sup>1</sup> Huldrych Zwingli / Ulrich Zwingli, Brief vom 16. Juni 1529 aus dem Lager bei Kappel.

<sup>2</sup> Parlamentarische Initiative 13.407, Abstimmung 18129; 61,7% JA:  
»<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/abstimmungen/wer-hat-wie-abgestimmt-im-nationalrat>«.

<sup>3</sup> Parlamentarische Initiative 13.407, Abstimmung 17878; 56,3% JA:  
»<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/abstimmungen/wer-hat-wie-abgestimmt-im-nationalrat>«.

konservativen politischen und ökumenischen Organisationen getragen<sup>4</sup>, was dokumentiert, dass spezifisch evangelische Gemeinden, Kirchen und Organisationen scheinbar die öffentliche Diskussion fürchten. *Oder verkennt man die Ernsthaftigkeit der Lage?*

Worum geht es konkret? Dazu hier die knappen Positionen der Initianten des Referendums, die das verdeutlichen<sup>5</sup>:

*Minderheitenschutz braucht keine Zensur. Statt Klagewellen zu riskieren und legitime Meinungen zu kriminalisieren, sagen wir: Nein zu diesem unnötigen Zensurgesetz!*

*Hass und Diskriminierung sind in der Schweiz schon heute verpönt. Dazu braucht es keine Sprach- und Denkverbote. Also: Hände weg vom freien Wort!*

*Gleichgeschlechtlich empfindende Menschen sind gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft. Sie haben es nicht nötig, per Gesetz zur vermeintlich schwachen Minderheit degradiert zu werden.*

*Nein zur Einschränkung der Meinungs- und Gewissensfreiheit!*

*Der Kern der Meinungs- und Informationsfreiheit, verankert in der Bundesverfassung Artikel 16, schliesst das Recht ein, Meinungen zu äussern, die anderen nicht gefallen. In einer intakten Demokratie gibt es keine Ansprüche darauf, nicht kritisiert zu werden.*

*Nein zu schwammigen Begriffen im Strafgesetzbuch!*

*Das Strafgesetzbuch bestraft Beleidigung, Ehrverletzung und Verleumdung schon heute. Neue Strafnormen, die kaum fassbare Begriffe wie «sexuelle Orientierung» verwenden, schaden der Rechtssicherheit und bereiten den Boden für eine willkürliche Praxis vor.*

*Nein zu einer Klagewelle gegen Menschen, die Homosexualität infrage stellen!*

*Die Erfahrung in vielen anderen Ländern zeigt: Auch die Schweiz muss mit absurden Klagewellen gegen Menschen rechnen, die aus wissenschaftlicher Erkenntnis oder aus religiöser Überzeugung eine kritische Haltung gegenüber der Homosexualität einnehmen. Dies ist einer liberalen und toleranten Gesellschaft nicht würdig!*

Während ich dies schreibe ist die halbe Zeit zum Sammeln von Unterschriften bereits abgelaufen, und – anders als sonst – berichten die säkularen Medien der Schweiz so gut wie gar nicht über dies Thema. Angeblich haben die LGBTQ-Organisationen beschlossen, durch bewusstes Schweigen dem Referendum die Aufmerksamkeit zu entziehen<sup>6</sup>. In der Nordwestschweiz erschien bisher *ein einziger* grösserer Artikel<sup>7</sup>; Leserbriefe dazu wurden *nicht* publiziert! Drei christliche Publikationen berichteten über die Aktion<sup>8</sup>. Vertreter der Evangelischen Volkspartei waren auf nationaler Ebene *nicht dazu bereit*, zu konkreten ethischen Fragen Stellung zu beziehen<sup>9</sup> – doch *Schweigen ist auch ein Echo*.

---

<sup>4</sup> Siehe: »[www.zensurgesetz-nein.ch](http://www.zensurgesetz-nein.ch)«.

<sup>5</sup> Ebenda.

<sup>6</sup> Das bestätigte ein kurzer Artikel vom 15.2.2019: »<https://www.blick.ch/news/politik/erweiterung-von-anti-rassismus-strafnorm-referendum-gegen-zensur-von-schwulen-witzen-harzt-id15170249.html>«; allerdings ist der Beitrag irreführend, wenn unterstellt wird, es ginge um die Freiheit, Schwulenwitze zu erzählen ...

<sup>7</sup> Gregor Poletti, »Schlamm Schlacht tobt bereits heftig« in der Basler Zeitung (1.2.2019, S. 4) [Vgl. auch: »Gehässige Schlamm Schlacht« unter »<https://www.derbund.ch/schweiz/standard/Gehaessige-Schlamm Schlacht/story/24337170>«].

<sup>8</sup> »Jugend & Familie«, Nr. 1-2019 (Januar 2019); »ideaSpektrum« (Schweiz), 5-2019 (30.1.2019), S. 3.8-11; »EDU-Standpunkt«, 2-2019, S. 8-10.

<sup>9</sup> Korrespondenz mit der EVP-Parteipräsidentin und Nationalrätin Marianne Streiff (zuletzt am 31.1.2019).

Meine Fragen richtete ich deshalb an den Kantonalpräsidenten der Evangelischen Volkspartei im Kanton Basellandschaft (EVP BL), Martin Geiser:

**(a)** Steht die EVP noch zu den jüdisch-christlichen Werten der Bibel, nach der auch Homosexualität als Sünde bezeichnet wird, für die das Gnadenangebot göttlicher Vergebung gilt?

**(b)** Ist die EVP bereit, sich für die Meinungs- und Glaubensfreiheit von Christen und Gemeinden einzusetzen, die in den letzten Jahren auch hier in der Nordwestschweiz durch die LGBTQ-Lobby Verleumdungen und Morddrohungen erfahren haben, wenn sie sich zu den Werten der jüdisch-christlichen Ethik – zum Beispiel in Bezug auf die Ehe von Mann und Frau – ausgesprochen haben?

**(c)** Unterstützen Sie das laufende Referendum, um mit Christen und Gemeinden ein Zeichen für den Erhalt unserer Meinungs-, Lehr-, Glaubens- und Religionsfreiheit zu setzen?

Doch entsprechen die Fragen überhaupt der aktuellen Lage oder ist unsere Freiheit gar nicht bedroht? Der Referendums-Text sagt deutlich: *»Für Christen bedeutet dies eine starke Beschränkung der Bekenntnisfreiheit und kann gefährlich werden«*.

---

**Nachtrag:** Nach Abschluss dieses kleinen »Zwischenrufes« traf zu den aufgeworfenen Fragen eine ausführliche Antwort von Martin Geiser (EVP BL) ein, mit der er die Überlegungen seitens der kantonalen EVP skizzierte<sup>10</sup>. Er sprach sich grundsätzlich für die »Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Meinungs- und Informationsfreiheit« aus, wie auch gegen jede Form von Diskriminierung und Hass.

Als »Schlussfolgerung« schreibt er dann [Nummerierung ergänzt von RM]:

**[1]** *Aufruf zu Hass und Diskriminierung geht nicht und kann nicht geduldet werden – auch bzw. schon gar nicht von Christen.*

**[2]** *Die Interpretation der Bibel, Homosexualität sei Gott ein Gräuel, kann unter Berufung auf die Glaubens-, Gewissens- und Meinungsfreiheit weiterhin verkündet werden. Das systematische Herabsetzen von Homosexuellen und das »Verdammen in die Hölle« hingegen nicht (es liegt nicht an uns Menschen zu verurteilen).*

**[3]** *Das vielzitierte Bäcker-Beispiel: Wenn ich jemandem eine Leistung nicht anbiete, weil er/sie homosexuell ist, ist das eine Diskriminierung, die nicht geschützt werden soll.*

Persönlich möchte er das Referendum *nicht* unterstützen, sich aber »auch zukünftig für die Glaubens- und Gewissensfreiheit einsetzen«. – Es ist hilfreich, diese Position der EVP BL zu kennen; zugleich erscheint sie mir *inkonsequent und deshalb verwirrend*. Dazu kurz dies:

**Zu [1]** Gab es in der Schweiz tatsächlich Aufrufe von Christen zu Diskriminierung und Hass, wie hier unterstellt wird? Weder in christlichen Kirchen/Gemeinden, noch in der Öffentlichkeit sind mir derartige Aufrufe in den letzten fünf Jahrzehnten begegnet. Weshalb werden dann aber gerade Christen als »Zielgruppe« für die Ausweitung der Antirassismustrafnorm bezeichnet?

**Zu [2]** Mag sein, dass die EVP-BL tatsächlich davon ausgeht, die Bibelauslegung werde durch die Ausweitung der Antirassismustrafnorm nicht eingeschränkt – doch

---

<sup>10</sup> Korrespondenz mit EVP-Kantonalpräsident Martin Geiser (zuletzt am 18.2.2019).

die LGBTQ-Gruppierungen und -Lobby sehen das bekanntermassen anders. Was aber versteht die EVP BL unter »systematischem Herabsetzen von Homosexuellen«? Meines Wissens findet sich dieser unklare Begriff zudem nicht im Gesetzestext.

Verwirrend ist die Aussage vom »Verdammen in die Hölle«, die – so Martin Geiser – *nicht mehr* verkündigt werden dürfe! (Wer bitte legte das so fest?) Selbstverständlich gehe ich damit einig, dass *einzig der lebendige Gott* über uns das letzte Urteil spricht. Nur hat ER das nicht bereits in der Heiligen Schrift getan, uns offenbart? Darf ich dies dann – laut EVP BL – nun also doch nicht mehr bezeugen, wenn ich beispielsweise Offenbarung 21 auslege? [Man beachte und bedenke hierzu das untenstehende Zitat von Franklin Graham.]

**Zu [3]** Schockierend und erschreckend ist dann aber die Aussage: »Das vielzitierte Bäcker-Beispiel: Wenn ich jemandem eine Leistung nicht anbiete, weil er/sie homosexuell ist, ist das eine Diskriminierung, die nicht geschützt werden soll.« Einmal haben wir es nicht mit *einem* Beispiel zu tun, sondern inzwischen mit *einer Vielzahl juristischer* Fälle in Bezug auf Bäcker in den USA und Grossbritannien, dazu von Fotografen, Blumenhändlern, Pensionen, Pflegeeltern etc. Vielfach wurde die Glaubens- und Gewissensfreiheit einzelner Christen *geringgeachtet*, so als ob es diese nicht gebe. Nach aufwendigen und langjährigen Prozessen wurden die Bäcker freigesprochen, *zweimal mit bahnbrechenden Urteilen*. Sollte dies in der EVP nicht bekannt sein? Zudem ging es nicht darum, ob der Kunde »homosexuell« war, sondern um spezielle Zusatzwünsche, welche die Christen aus Gewissensgründen nicht ausführen konnten. Soll der Staat nun christliche Unternehmer zu bestimmten Leistungen zwingen können? Einzelne haben lieber ihren Beruf aufgegeben, als auf ihre Glaubens- und Gewissensfreiheit zu verzichten – *ein hoher Preis, zu hoch!* Und das findet die EVP BL in Ordnung?

---

Die offenbar von einer breiten LGBTQ-Lobby geförderte Gesetzesänderung wird von Vertretern der Schwulen- und Lesbenorganisationen mit starken Worten unterstützt, so dass bereits von einer »gehässigen Schlammschlacht« gesprochen wurde. Anna Rosenwasser, Geschäftsleiterin der Lesbenorganisation (LOS), betitelte die Gegner des Gesetzes als »reaktionäre Affen«, denn es ginge doch lediglich um einen Minderheitenschutz<sup>11</sup>. Auf derselben Linie, aber konkreter, sind die Aussagen von Stephan Bischof, Leiter der Fachgruppe Religion der Homosexuellen-Organisation PINK CROSS: Das Referendum teile die Gesellschaft in »zwei Kategorien von Menschen«. Für ihn (so wird er im *idea*-Spektrum wiedergegeben, wenn auch nicht direkt zitiert) ist Homosexualität »kein gewählter Lebensstil, sondern von Gott gegeben«. Wem das nicht passe, der »müsse diese Lebensform dennoch respektieren und akzeptieren«. In der Bibel sei Homosexualität unterschiedlich dargestellt, sie »Sünde« zu nennen sei »polemisch«. Homosexualität müsse in unsere Zeit »übersetzt« werden, wobei für landeskirchliche Pfarrer eine »ablehnende Haltung (der Homosexualität) nicht tolerierbar« sei!<sup>12</sup>

Die Schweizerische Evangelische Allianz empfiehlt die Unterzeichnung des Referendums, der Dachverband der Freikirchen (VFG / Verband Freikirchen Schweiz) gehört nicht zum Trägerkreis des Referendums, erkennt aber Probleme im Gesetzestext und hat konkrete Befürchtungen.<sup>13</sup>

Aus dem Ausland sind zahlreiche Beispiele bekannt, wo das Diskriminierungsverbot dazu gebraucht wurde, gegen christliche Unternehmen (Bäckereien, Blumenfachgeschäfte, Hotels) und Institutionen vorzugehen. Mit dem Gesetz *könnte* zudem versucht werden, gegen

---

<sup>11</sup> Gregor Poletti, »Schlammschlacht tobt bereits heftig« in der Basler Zeitung (1.2.2019, S. 4).

<sup>12</sup> »ideaSpektrum« (Schweiz), 5-2019; S. 10.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 10/11.

die Verbreitung der Bibel vorzugehen und Pfarrer zu verklagen, die in einer Predigt kritische Aussagen zu »praktizierter Homosexualität« machen. So *könnte* ein Pfarrer mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden, wenn dieser beispielsweise in Zusammenhang mit einem Predigttext (oder in einem Leserbrief) sagt, Homosexualität »ist Sünde« oder sie sei »widernatürlich/pervers/unnatürlich«.

Dasselbe *beträfe* wissenschaftliche Publikationen und ethische Fachvorträge. Darf man noch sagen, dass eine Ehe nach christlicher Überzeugung *einzig* aus einem Mann und einer Frau besteht? Kann man noch wissenschaftliche Untersuchungen zitieren, die feststellten, dass der sexuelle Missbrauch von Kindern in homosexuellen Partnerschaften deutlich höher ist als in einer heterosexuellen Beziehung? Darf man noch darauf hinweisen, dass es kein »homosexuelles Gen« gibt, dass Gott Adam und Eva erschuf, nicht aber »Adam und Steve«?

International haben sich in den letzten Monaten Vertreter der LGBTQ-Lobby offen dazu bekannt, dass es ihr Ziel ist, die Werte der jüdisch-christlichen Ethik aus dem öffentlichen Leben zu *verbannen, ja diese zu ächten und zu verbieten*.<sup>14</sup> – Es ist offensichtlich: *Das Thema betrifft ganz konkret unsere Glaubens-, und Meinungsfreiheit, unsere Seelsorge-, Lehr- und Predigtfreiheit, letztlich auch unsere Versammlungs- und Religionsfreiheit! Wem diese Freiheiten etwas wert sind, der muss sich mit dieser Thematik auseinandersetzen – und zwar ganz sorgfältig und sachlich.*

Zur Versachlichung gehört auch, einen Unterschied zu erkennen zwischen Hass (den wir ablehnen) und Kritik, die ein Freiheitsrecht ist, zwischen Respekt (den jeder Mensch verdient) und Akzeptanz, zu der niemand gezwungen werden kann. Haben viele Homosexuelle heute Mühe damit, anderen die Freiheiten zuzugestehen, die sie selbst längst erreicht haben? Warum drohen sie Christen, indem sie diesen untersagen wollen, ihre Überzeugungen weiterhin offen auszusprechen? Der bereits beschlossene Sonderstatus für »sexuelle Orientierung« in der Antirassismustrafnorm würde daraus in der Tat ein »Zensurgesetz« machen, wäre somit ein Verstoss gegen die Meinungs-, Lehr-, Glaubens- und Religionsfreiheit. *Toleranz lebt von guten Argumenten, nicht aber mit einem Maulkorb.*

Und mit Entschiedenheit betonen wir als Christen deutlich: Wir wollen keinem Menschen mit Hass und Verachtung begegnen, ganz im Gegenteil! Täglich sind wir uns unserer eigenen Sünden und unserer Schuld vor Gott bewusst – und wir freuen uns an Seiner gnädigen Vergebung. Es ist keinem Menschen damit gedient, Gottes ewige Wertmassstäbe auf den Kopf oder in Frage zu stellen; was ER »Sünde« nennt, ist »Sünde«, und was ER einen »Irrweg« nennt, das bleibt auch im 21. Jahrhundert ein »Irrweg«. In all dem erkennen wir unsere eigenen Sünden, und in all dem erkennen wir Gottes Barmherzigkeit und Gnade. Daran halten wir fest, das bezeugen wir, und daran darf uns niemand hindern. Es ist unser Bemühen, Gottes Wahrheit in Liebe zu bezeugen – niemand muss uns zuhören, doch Werte von Freiheit und Toleranz gelten auch in Bezug auf Christen.

Werden die jüdisch-christlichen Wurzeln unserer Gesellschaft bewusst aufgegeben und zerstört, so wird unsere Gesellschaft daran Schaden nehmen und zerbrechen. Die Anfänge davon sind längst sichtbar.

---

<sup>14</sup> Exemplarisch seien hier aus einer Fülle von Artikeln nur drei erwähnt: 1] Bob Unruh: »Finally! "Gays" Reveal Agenda as Shutting up Christian« ([http://www.wnd.com/2016/12/finally-gays-reveal-agenda-as-shutting-up-christian/?cat\\_orig=](http://www.wnd.com/2016/12/finally-gays-reveal-agenda-as-shutting-up-christian/?cat_orig=)«); [2] Michael Brown: »Yes, Gay Activists Want to Punish Christian Conservatives« (<http://www.christianpost.com/news/gay-activists-punish-christian-conservatives-192697/>«, 22.7.2017); [3] John Ellis: »Author Calls for Atheists and LGBTQ Communities to Join Forces Against Christians« ([http://www.wnd.com/2018/04/call-for-atheists-lgbtqs-to-join-forces-against-christians/?cat\\_orig=faith](http://www.wnd.com/2018/04/call-for-atheists-lgbtqs-to-join-forces-against-christians/?cat_orig=faith)« + <https://pjmedia.com/faith/author-calls-atheists-lgbtq-communities-join-forces-christians/>«).

Paradox ist (nicht zum ersten Mal) bei der aktuellen Diskussion: *Viele Homosexuelle hassen die Mitmenschen am meisten, von denen sie am meisten geliebt werden, denn Christen lieben, weil sie selbst von Gottes vergebender Liebe getrieben werden, die sie persönlich erfahren haben.*

Seit bald fünfzig Jahren setze ich mich in diesem Land »nebenbei« für die volle Bekenntnisfreiheit der Christen ein<sup>15</sup>, nenne in fast jedem Gottesdienst zu Fürbitte und Gebet Anliegen verfolgter Christen aus aller Welt. [Einzelnen konnten wir immer wieder konkrete Hilfe zukommen lassen.] Aufgewachsen in den Nachkriegsjahren lernten wir die freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie zu lieben – doch nach dem Fall des Kommunismus im Osten Europas mussten wir feststellen, dass in Mittel- und Westeuropa schrittweise Freiheiten abgebaut und viele Werte der jüdisch-christlichen Ethik über Bord geworfen wurden<sup>16</sup>. Der eine lebendige Gott, Sein Wort, die Bibel, und der christliche Glaube wurden nicht nur verleugnet und verspottet, *sondern man arbeitete aktiv und blind an der Zerstörung der Fundamente der eigenen Gesellschaft!* Ehe und Familie wurden in Frage gestellt, für Pornographie und Perversion schuf man Freiräume, die Schulen wurden ideologisiert und entchristlicht, Abtreibung und sogenannte »Freitodbegleitung« wurden legalisiert ... europäische Politiker sagen angesichts eines sich ausbreitenden Islams (*der keine Werte kennt*), sie würden sich »für westliche Werte« einsetzen – doch sie meinen »Werte«, *die letztlich wertlos, weil gottlos sind.*

Braucht es dazu weitere Beispiele aus der Schweizer Politszene?:

Die Kantonalpartei »FDP.Die Liberalen Basel-Stadt« beschloss für den Wahlkampf 2019 ein neues Parteiprogramm. Obgleich an einer Stelle von »klar definierten (ethischen) Leitplanken« zu lesen ist, fehlen diese *völlig*. So möchte man sich für einen freien Zugang der Sterbehilfeorganisationen zu staatlichen Institutionen (sprich: Alters-, Pflegeheime und Krankenhäuser) einsetzen, denn »*Jeder Mensch hat das Recht, selber über seinen Tod zu entscheiden*«. Auch sollen zukünftig »*ausgehend von der Freiheit des Menschen, sich selber zu schädigen*« (!) Drogen »legalisiert, kontrolliert und besteuert werden...«<sup>17</sup> – *Mit diesen Aussagen werden jüdisch-christliche Werte ausgeblendet.*

Namens der Sozialdemokratischen Partei Schweiz (SP) schickte mir die frühere Bundespräsidentin (2011) und Alt-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey im Dezember 2017 einen Brief, mit dem sie Spender suchte und versprach, sich für die Verteidigung »unserer Grundwerte« einzusetzen. Nur sind diese *niemals* die Werte der jüdisch-christlichen Ethik, denn für die SP gelten seit Jahrzehnten *allein anti-christliche Werte*<sup>18</sup>; 2018 propagierten die Schweizer Jungsozialisten die Abschaffung aller christlichen Feiertage<sup>19</sup>, und die Vizepräsidentin der SP Basel-Stadt sprach sich für die Abschaffung der »institutionalisierten Ehe« aus<sup>20</sup>. – Der Vorstoss zur Ausweitung der Antirassismustrafnorm kam ebenfalls aus den Reihen der SP<sup>21</sup>.

---

<sup>15</sup> Exemplarisch seien diese drei Vorträge von mir im Rahmen der Frühstücks-Treffen in Dornach SO (Schweiz) angeführt: [1] »*Kommt es in Europa zu einer neuen Christenverfolgung?*«, 3.4.2004; [2] »*Vor der Tür: Das Ende aller Freiheiten?*«, 5.9.2015 und [3] »*Zur Auflösung aller biblischen Werte: Ist die ethische Ordnung Gottes belanglos?*«, 3.9.2016.

<sup>16</sup> Einen wegweisenden Kontrapunkt setzt das »Nashville Statement (2017)« der Koalition für Biblische Sexualität (siehe: »<https://cbmw.org/nashville-statement>«). Deutsch in »Maleachi-Info« 1-2018 (S. 3-5) und unter »[https://cbmw.org/wp-content/uploads/2017/08/Nashville\\_01\\_farbig\\_einseitig.pdf](https://cbmw.org/wp-content/uploads/2017/08/Nashville_01_farbig_einseitig.pdf)«.

<sup>17</sup> Das aktuelle Parteiprogramm wurde am 20.8.2018 verabschiedet, siehe: »[https://www.fdp-bs.ch/fileadmin/groups/141/Parteiprogramm\\_2018\\_-\\_definitive\\_Fassung.pdf](https://www.fdp-bs.ch/fileadmin/groups/141/Parteiprogramm_2018_-_definitive_Fassung.pdf)«.

<sup>18</sup> Franz Eugen Schlachter schildert 1893, dass die Zürcher Sozialdemokraten damals mehrheitlich beschlossen: »Sozialdemokratie und Christentum sind unvereinbare Gegensätze, die sich in ihren Grundanschauungen widersprechen« (Wochenzeitschrift »Brosamen. Evangelisches Volksblatt«, 22.4.1893, S. 128.). Daran hat sich offenbar nichts geändert, auch wenn Nationalrat Eric Nussbaumer (SP/Methodist) 2012 behauptet, »Gott ist ein Linker« (BAZ, 28.12.2012, S. 17).

<sup>19</sup> »Schweizer Jusos fordern Abschaffung christlicher Feiertage« (»<http://kath.net/news/63104>«, 13.3.2018).

<sup>20</sup> »Sozialdemokraten wollen die Ehe abschaffen« in Basler Zeitung, 13.12.2018, S.22.

<sup>21</sup> Siehe z.B.: »[https://www.swissinfo.ch/ger/politik/erweiterung-der-antirassismus-strafnorm\\_schweiz-hat-neuen-gesetzesartikel-gegen-homophobie/44591328](https://www.swissinfo.ch/ger/politik/erweiterung-der-antirassismus-strafnorm_schweiz-hat-neuen-gesetzesartikel-gegen-homophobie/44591328)« (zuletzt gelesen: 18.2.2019).

In diesem Jahr begeht die Evangelischen Volkspartei ihr 100-jähriges Jubiläum und schreibt dazu, dass sie heute noch dieselben christlichen Werte vertritt wie damals. Doch wo ist das heute sichtbar? Glaubt man tatsächlich, dass ein EVP-Vertreter vor 100 Jahren einer »Antirassismus-Strafnorm« zugestimmt hätte, die für Christen ein Maulkorb ist? Im EVP-Newsletter heisst es: »*Verantwortungsbewusst und verlässlich setzt sich die EVP weiterhin für eine Politik ein, die auf Werten basiert und sich am Menschen orientiert*«, und *genau dort* ist das Defizit sichtbar, denn was »evangelisch« ist, *das sollte sich »an Gott« orientieren – und nicht »am Menschen*«. <sup>22</sup> –

Pressesprecher des Referendumskomitees ist der Politologe und EDU-Grossrat im Kanton Bern, Sam Kullmann. Prägnant und begründet sagt er in Bezug auf die Gefahr des Gesetzes: »Zunehmend wird auch in manchen westlichen Ländern die Meinungsfreiheit immer mehr einem „Recht auf nicht beleidigt werden“ geopfert. Toleranz bedeutet nicht, mit jemandem gleicher Meinung sein zu müssen, sondern eine Meinungsäusserung aushalten zu können, die mich vielleicht irritiert, beleidigt oder stresst. Das Referendum ist notwendig für den Schutz der Gewissensfreiheit und des Rechts auf freie Meinungsäusserung.« <sup>23</sup>

Dankbar sind wir für die Freiheiten, die wir *noch* haben – und zugleich sehen wir seit einigen Jahren mit Sorge, dass davon mit oft fadenscheinigen Argumenten immer weitere *gestrichen* wurden <sup>24</sup>. Tragisch ist insbesondere, dass evangelische Christen, die Kirchen und deren Vertreter hierzu weitgehend geschwiegen haben – und auch jetzt wieder schweigen. Das betrifft auch die Evangelikalen in Freikirchen, Gemeinschaften und Kantonalkirchen. Könnte, ja sollte das Zitat des Zürcher Reformators Zwingli uns alle nicht grad im Jahr des Reformationsjubiläums aufrütteln? »*Tut um Gottes Willen etwas Tapferes!*«

---

Seit über vier Jahren beschäftigt mich ein Artikel von Franklin Graham, in dem er – der öfters kritisiert wurde, wenn er sich klar und deutlich zu Fragen des Islam oder der Homosexualität geäussert hatte – auf Offenbarung 21,8 verwies: »Die *Feigen* aber und Ungläubigen und Frevler und Mörder und Unzüchtigen und Zauberer und Götzendiener und alle Lügner, deren Teil wird in dem Pfuhl sein, der mit Feuer und Schwefel brennt; das ist der zweite Tod.« Dazu bemerkte er: »Der Himmel ist nichts für Feiglinge. ... Christen können nicht Teile von Gottes Wort ignorieren, weil diese unpopulär sind oder zu Trennungen führen. Unser Auftrag ist es, Christus und alles für das ER steht, zu verkündigen. Darum geht es in Bezug auf die Gegenwart der christlichen Gemeinde in dieser Welt. Die Wahrheit der Liebe Gottes können wir nicht ernsthaft verkündigen, wenn wir ignorieren, was ER hasst – und ER hasst Sünde. Seine Liebe schüttet die Lösung für Sünde aus, die die Menschheit gefangen hält. Das finden wir in Seiner unverdienten Gnade – der Gabe der Erlösung. Aus diesem Grunde muss das volle Evangelium gepredigt werden ... Es ist egal, wie die Menschheit Sünde definiert; das unangreifbar stichhaltige Wort Gottes hat es längst offengelegt, und das ist unwandelbar. ... Es ist Feigheit, Sünde zu entschuldigen, indem wir behaupten, wir hätten kein Recht, zu richten – was Gott schon längst gerichtet hat. Es gibt *nur eine* persönliche Wahl, die entscheidet, wo wir die Ewigkeit verbringen werden: Wenn wir Christus und alles wofür ER steht wählen, gewinnen wir den Himmel; wenn wir Christi Wort verleugnen, dann sind wir Feiglinge und verdienen die Hölle.« <sup>25</sup>

---

<sup>22</sup> EVP Newsletter vom 26.1.2019 (EVP-PEV Schweiz).

<sup>23</sup> Aus einem Interview im »EDU-Standpunkt«, 2-2019, S. 10.

<sup>24</sup> So wurden aus Schweizer Bibliotheken christliche Bücher und Videos entfernt, das Verteilen von Bibeln durch die GIDEONs verboten oder eingeschränkt, Predigten in Migrantengemeinden überwacht, Ausländern in der Schweiz Seelsorge oder Verkündigung untersagt, der christlichen Jugendarbeit (Jungscharen u.a.) für Lager staatlich-finanzielle Unterstützung gestrichen, wenn diese evangelistische Zielsetzungen hatten, etc.

<sup>25</sup> Franklin Graham: »Cowards or Overcomers? Standing Strong on God's Word« (10.7.2014) unter »<http://billygraham.org/decision-magazine/july-august-2014/cowards-or-overcomers-standing-strong/>«; deutsch von RM.

Ähnlich schrieb Pfarrer Mark H. Creech: »Pastoren und andere Leiter der Kirchen, die in dieser Zeit einer ethisch-moralischen Krise den Mund halten, verleugnen ihren Herrn. Wir sollten die Enttäuschung unseres Herrn spüren, wenn er auf uns sieht. Wir sollten hören, wie der Hahn in der Nähe kräht. Wir sollten bitter weinen.«<sup>26</sup>

»Tut um Gottes Willen etwas Tapferes!« Dies vor 490 Jahren geschriebene Wort ist noch heute aktuell! Und es bezieht sich nicht nur auf *ein* ethisches Thema, oder auf *eine einzige* Situation; es bezieht sich auch *nicht lediglich* auf das aktuelle Referendum, auch wenn es zutrifft: »Für Christen bedeutet [die ausgeweitete Antirassismustrafnorm] eine starke Beschränkung der Bekenntnisfreiheit und kann gefährlich werden«.

Doch ich frage mich, wenn wir hier in der Schweiz heute so nahe vor dem Ende der Glaubens-, Meinungs-, Lehr- und Predigtfreiheit in der Schweiz stehen, warum schweigen dann so viele? Ist es Blindheit oder Feigheit oder sind wir dem Zeitgeist bereits erlegen?

»Tut um Gottes Willen etwas Tapferes!«, ja: um Gottes Willen!

---

<sup>26</sup> Mark H. Creech: »Silent Preachers Deny Christ« (23.5.2017) unter »<http://www.christianpost.com/news/silent-preachers-deny-christ-184555/>«; deutsch von RM.